

**Vorlage der Kirchenleitung an die Landessynode**

**Friedenswort 2018  
„Auf dem Weg zum gerechten Frieden“  
anlässlich des Endes des Ersten Weltkrieges  
vor 100 Jahren**

## A

### **BESCHLUSSANTRAG**

1. Das Friedenswort 2018 der Evangelischen Kirche im Rheinland „Auf dem Weg zum gerechten Frieden“ anlässlich des Endes des Ersten Weltkrieges vor 100 Jahren wird beschlossen.
2. Die Landessynode bittet Kirchengemeinden, Kirchenkreise und Landeskirche das Friedenswort mit dem Ziel umzusetzen, Kirche des gerechten Friedens zu werden und dies zu erklären. Mit den Handlungsempfehlungen werden konkrete Schritte vorgeschlagen, um auf dem Weg eines gerechten Friedens zu gehen (siehe Ziffer 8 des Friedenswortes).

## B

### BEGRÜNDUNG

Mit Beschluss 113 der Landessynode 2017 wurde bestimmt, der Landessynode 2018 ein „Friedenswort“ vorzulegen. Der Beschluss lautet:

„In Erinnerung an das Ende des 1. Weltkriegs vor 100 Jahren wird der Landessynode 2018 ein „Friedenswort“ vorgelegt. Neben einer Analyse der friedenspolitischen Lage und der damit verbundenen theologisch-ethischen Herausforderungen soll es konkrete Anregungen für die Gestaltung der Friedensarbeit unserer Kirche anbieten. Der Auftrag wird an den Ständigen Ausschuss für öffentliche Verantwortung –federführend- und den Ständigen Theologischen Ausschuss überwiesen.“ Das Kollegium des Landeskirchenamtes hat am 09.05.2017 (ergänzend) beschlossen, diesen Auftrag auch an den Ständigen Ausschuss für Erziehung und Bildung zu überweisen.

Der federführende Ausschuss hat zur Unterstützung eine AG „Friedenswort“ gebildet; diese konnte einen Text erarbeiten, der in den beteiligten Ausschüssen beraten wurde:

- im Ständigen Ausschuss für öffentliche Verantwortung am 20./21.09.2017 (Klausur) sowie abschließend am 06.11.2017
- im Ständigen Theologischen Ausschuss am 07./08.09.2017 (Klausur)
- im Ständigen Ausschuss für Erziehung und Bildung am 08./09.09.2017 (Klausur)

Die umfassenden Rückmeldungen aus den Ausschüssen wurden berücksichtigt und sind in die „Endredaktion“ eingeflossen. Der vorliegende Text *„Friedenswort der Evangelischen Kirche im Rheinland auf dem Weg zum gerechten Frieden anlässlich des Endes des Ersten Weltkrieges vor 100 Jahren“* ist somit die Vorlage an die Landessynode 2018.

**Vorschlag der Kirchenleitung:**

**Überweisung an den Ausschuss für öffentliche Verantwortung (III) – federführend -, den Theologischen Ausschuss (I) und den Ausschuss für Erziehung und Bildung (V).**

## C

### Anlagen

#### **Friedenswort der Evangelischen Kirche im Rheinland “Auf dem Weg zum gerechten Frieden“ anlässlich des Endes des Ersten Weltkrieges vor 100 Jahren**

##### **1. Auf dem Weg zur Kirche des gerechten Friedens**

„Der Gerechtigkeit Frucht wird Friede sein.“ (Jes 32,7).

Wir, die Evangelische Kirche im Rheinland, erklären, Kirche des gerechten Friedens werden zu wollen. Wir sind auf dem Weg, unserem biblischen Auftrag nachzukommen: Frieden zu stiften und für Gerechtigkeit einzutreten.

Diesen Weg beschreiten wir mit offenem Blick, festem Herzen und einer Grundhaltung der Gewaltfreiheit.

Unsere Kirchenordnung (Art 1,6) verpflichtet uns auf den Konziliaren Prozess für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung. Diese Verpflichtung bestimmt unseren Blick auf die gegenwärtigen politischen Herausforderungen.

Wir beteiligen uns dazu an Gesprächen und Initiativen im Bereich der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) und der weltweiten Ökumene.

Wir wissen uns dabei in unserer Kirchengemeinschaft mit der United Church of Christ (UCC) in den USA getragen und ermutigt, die sich bereits 1985 (15. Generalsynode) zur Kirche des gerechten Friedens erklärt und dies 2015 bekräftigt hat.<sup>1</sup>

Wir haben uns in unseren Synoden immer wieder zur Frage des gerechten Friedens positioniert.<sup>2</sup> Unser Verständnis eines gerechten Friedens ist in der Arbeitshilfe „Ein gerechter Friede ist möglich“ (2005) vorgelegt worden.<sup>3</sup> Es sind tragfähige Strukturen der Friedensarbeit geschaffen worden.<sup>4</sup>

---

<sup>1</sup> [www.ucc.org/beliefs\\_theology\\_general-synod-pronouncement](http://www.ucc.org/beliefs_theology_general-synod-pronouncement)

<sup>2</sup> z.B. Landessynode 2011, Beschluss 9, „Abschlussbericht zur Ökumenischen Dekade für die Überwindung von Gewalt“; Landessynode 2008, Beschluss 68, „Stellungnahme Wirtschaften für das Leben“; Landessynode 2007, Beschluss 28, 2.3. „Diakonische und ethische Überlegungen zu Gewalt, Krieg und Folter“; vgl. „Gottes Wort ermutigt und verpflichtet uns, alles nach unseren Kräften zu tun, was dem Frieden auf Erden dient und alles zu unterlassen, was ihn gefährdet und bedroht.“ Materialsammlung zum Thema Frieden 1982, hg.v. der Leitung der Evangelischen Kirche im Rheinland, Düsseldorf, November 1982

<sup>3</sup> Arbeitshilfe „Ein gerechter Friede ist möglich“, hg. v. Evangelische Kirche im Rheinland 2005, [http://www.ekir.de/www/downloads-archiv/ekir2006-01-11-friedensethik-A4\\_1105.pdf](http://www.ekir.de/www/downloads-archiv/ekir2006-01-11-friedensethik-A4_1105.pdf)

<sup>4</sup> Landessynode 2014, Beschluss 48, „Bericht über Strukturen und Vernetzung der Friedensarbeit in der Evangelischen Kirche im Rheinland“

## **2. Was es bedeutet, sich auf den Weg zu einer Kirche des gerechten Friedens zu machen**

„Mit dem Leitbild des gerechten Friedens verbindet sich der Auftrag, Krieg und Gewalt zu überwinden und den Weg zum Ausgleich und zur Versöhnung bewusst einzuüben.“<sup>5</sup>

Hierin sehen wir uns im Einklang mit der Ökumene und ihrem Vorschlag, den gerechten Frieden „im Bewusstsein der Grenzen von Sprache und Verstehen...als einen kollektiven und dynamischen, doch zugleich fest verankerten Prozess zu verstehen, der darauf ausgerichtet ist, dass Menschen frei von Angst und Not leben können, dass sie Feindschaft, Diskriminierung und Unterdrückung überwinden und Voraussetzungen schaffen können für gerechte Beziehungen, die den Erfahrungen der am stärksten Gefährdeten Vorrang einräumen und die Integrität der Schöpfung achten.“<sup>6</sup>

Damit löst das Leitbild des gerechten Friedens die Lehre vom gerechten Krieg ab, der ethische Prinzipien benannte, die zwischenstaatliche Gewaltanwendung rechtfertigen sollten. Die Lehre vom gerechten Krieg trägt jedoch im 21. Jahrhundert nicht mehr. Denn durch die Erfahrungen mit Krieg und kriegerischen Konflikten seit dem 20. Jahrhundert wurde sie ihrer ursprünglich zivilisatorischen Kraft komplett beraubt. Die Leitfigur vom gerechten Frieden will die alte Lehre vom gerechten Krieg nicht bloß ersetzen. Es geht ihr um einen Paradigmenwechsel, das heißt, einen neuen Weg im Denken und Handeln zu beschreiten.

Die ökumenische Bewegung hat einen Pilgerweg der Gerechtigkeit und des Friedens ausgerufen<sup>7</sup>. Als Kirche kennen wir nicht immer bessere Wege zum Frieden, aber wir bekräftigen, dass wir sie finden wollen, um sie konkret nachgehen zu können.

Viele Wege, die zu Frieden führen sollen, sind unumstritten. Der Wille, einen weiten Raum für eine gute Streitkultur zu schaffen und daraus resultierende, konstruktive Vorschläge auch umzusetzen, ist wesentlich, um Friedensprozesse in Gang zu bringen.

Dazu hat die UCC Praxisnormen entwickelt. Sie sind in ihrer Wirksamkeit Frieden zu stiften, empirisch belegt:

1. Gezieltes gewaltfreies Handeln unterstützen;
2. Unabhängige Initiativen zur Verringerung von Bedrohungen ergreifen;
3. Gemeinschaftliche Konfliktlösungen vornehmen;

---

<sup>5</sup> Gewaltfreiheit als Prima Ratio. Eine Argumentationshilfe aus der Perspektive christlicher Friedensethik zum IS-Terror im Nordirak und in Syrien, Landessynode 2014 (7)

<sup>6</sup> Erklärung über den Weg des gerechten Friedens, X. Vollversammlung des ÖRK, Busan  
[www.oikumene.org/de/resources/documents/assembly/2013-busan/adopted-documents-statements/the-way-of-just-peace](http://www.oikumene.org/de/resources/documents/assembly/2013-busan/adopted-documents-statements/the-way-of-just-peace)

<sup>7</sup> Dies kann leibhaftiges Gehen meinen, ist aber auch ein theologisches Konzept im Sinne der „Erklärung über den Weg des gerechten Friedens“ des Ökumenischen Rat der Kirchen (ÖRK). Ebd.

4. Die eigene Verantwortung für Konflikte und Ungerechtigkeit eingestehen und Buße und Vergebung suchen;
5. Demokratie, Menschenrechte und Religionsfreiheit vorantreiben;
6. Eine gerechte und nachhaltige Wirtschaftsentwicklung fördern;
7. Mit kooperativen Kräften in den internationalen Strukturen zusammenarbeiten;
8. Die Vereinten Nationen und internationale Bemühungen um Zusammenarbeit und Menschenrechte stärken;
9. Angriffswaffen und Waffenhandel reduzieren;
10. Basisgruppen und Freiwilligenverbände, die für den Frieden arbeiten, ermutigen.<sup>8</sup>

Diese Normen sind uns Vorbild und prägen die praktische und theologische Arbeit für den Frieden in vielerlei Hinsicht.

### 3. Schuld eingestehen

Wir sind dankbar für die vielen zukunftsfähigen Initiativen, die insbesondere aus der kirchlichen Friedensbewegung entstanden sind, und bis heute friedensstiftendes Potenzial auf den Weg bringen.

Wir sind uns aber auch unserer Versäumnisse bewusst. Wir wissen um unsere Schuld und Schuldverflochtenheit, weil auch wir in unserer Geschichte Krieg und Gewalt angefacht, befeuert und legitimiert haben und bis heute darin verstrickt sind. Wir haben zu wenig getan, um schon Kriegsvorbereitungen entgegenzutreten, insbesondere denen des Ersten und Zweiten Weltkrieges. Wir tun bis heute zu wenig für den Frieden.

Ein Indiz dafür ist eine immer stärkere weltweite Militarisierung. Auch der Verteidigungshaushalt der Bundesrepublik Deutschland soll schrittweise bis zum Jahr 2024 auf 2 Prozent<sup>9</sup> des Bruttoinlandsproduktes steigen. Das bedeutet eine Verdoppelung der derzeitigen Militärausgaben. Der bisher betriebene Umbau der Bundeswehr von einer Verteidigungsarmee zu einer Interventionsarmee ist eine alarmierende Entwicklung. Die neueren militärischen, strategischen Entwicklungen in den USA, Europa, Russland und im Nahen Osten bei der atomaren und konventionellen Aufrüstung verstärken diesen Trend. Wenn wir bejahen „Krieg soll nach Gottes Willen nicht sein“<sup>10</sup>,

---

<sup>8</sup> Zitiert nach Mark Burrows, Im Dienst der Versöhnung: Die Berufung zum gerechten Frieden am Beispiel der United Church of Christ, Vortrag bei der 3.Rheinischen Friedenskonferenz am 2.3.2016 in Bonn; [http://www.ucc.org/justice\\_just-peaces.a](http://www.ucc.org/justice_just-peaces.a).

<sup>9</sup> Das Zwei-Prozent-Ziel für Verteidigungsausgaben einzuhalten, wie es die NATO – Partner fordern, muss im Zusammenhang mit dem gleichermaßen unerreichten 0,7 Prozent-Ziels des BIPs für humanitäre Hilfe und Entwicklung gesehen werden.

<sup>10</sup> Aus der Botschaft der I. Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen, Amsterdam 1948, s.a.: „Wir wollen Gott bitten, uns miteinander zu lehren, dass wir ein echtes Nein und ein echtes Ja sprechen. Ein Nein zu allem, was der Liebe Christi zuwider ist, zu jedem System, zu jedem Programm, zu jedem Menschen,

dann darf unser ressourcenintensiver Lebensstil nicht mit militärischen Interventionen gesichert werden<sup>11</sup> und von bewaffneten Konflikten profitieren. Vielmehr muss eine weltweite Gerechtigkeit zur Lebensmaxime werden.

Angesichts gegenwärtiger Herausforderungen und gegenüber der eigenen Geschichte ist es ein Zeichen von Demut und Reue, aber auch eine Hoffnungsperspektive, dass wir uns auf den Weg gemacht haben, Kirche des gerechten Friedens zu werden.

Das ist in historischer Perspektive weit weniger selbstverständlich, als es uns heute erscheinen mag.

#### **4. Historische Ausgangspunkte**

Im Jahr 2018 gedenken wir des Ausbruchs des Dreißigjährigen Krieges im Jahr 1618, seines Endes mit dem Friedensschluss von Münster und Osnabrück (1648) und nicht zuletzt des Endes des Ersten Weltkriegs vor 100 Jahren. Ebenso rufen wir uns damit die Katastrophe des Zweiten Weltkrieges in Erinnerung.

Der Dreißigjährige Krieg, an dessen Ende ganze Landstriche entvölkert waren und sich die Bevölkerung auf dem Gebiet des heutigen Deutschlands um beinahe 40 Prozent reduziert hatte, ist auf eine Vielzahl von Ursachen zurückzuführen. Die verbliebenen Städte und Dörfer waren von Krieg und Seuchen so sehr gezeichnet, dass der Friede heiß ersehnt und groß gefeiert wurde, wie z.B. Paul Gerhardt es tat. Er schrieb: „Gott Lob! Nun ist erschollen das edle Fried- und Freudenwort, dass nunmehr ruhen sollen die Spieß und Schwerter und ihr Mord.“

Doch konfessionell verhärtete Positionen waren auch mit dem Westfälischen Frieden 1648 nicht aus der Welt.

Das Reichsgesetz des Augsburger Religionsfriedens hatte zwar 1555 die gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Luthertum und Katholizismus beendet und eine der längsten Friedensepochen im Reich eingeläutet (1555-1618). Doch die Konfrontationsstellung der beiden großen Konfessionen in dieser Zeit blieb bestehen und spielte durchgehend eine wichtige Rolle. Deutschland und Europa waren seither in evangelische und katholische Gebiete gespalten. Politische Machtinteressen wurden mit religiösen Wahrheitsansprüchen verbunden.

---

die einen Menschenbruder behandeln, als wäre er nicht Gottes Geschöpf, sondern ein Stück Ware, das man ausnützen kann; ein Nein zu denen, die im Namen der Ordnung das Unrecht zum Recht machen, zu denen, die die Saat des Krieges säen oder zum Kriege drängen, weil er doch unvermeidbar ist. Ein Ja aber zu allem, was mit der Liebe Christi zusammenstimmt, zu allen Menschen, die das Recht aufrichten, zu allen, die in der Welt einen echten Frieden schaffen möchten, zu allen, die um des Menschen willen hoffen, kämpfen und leiden, ein Ja zu allen denen, die - selbst ohne es zu wissen - , sich ausstrecken nach einem neuen Himmel und einer neuen Erde, in welchen Gerechtigkeit wohnt.“

<sup>11</sup> Siehe Weißbuch der Bundesregierung 2016

Der Hauptstrom christlicher Tradition, in den Schriften Martin Luthers an dieser Stelle ungebrochen, hat die biblisch orientierte Frage nach einer pazifistischen Grundhaltung mit der Lehre des gerechten Krieges beantwortet. Christinnen und Christen aus täuferisch-mennonitischen Bewegungen, die das Prinzip der Gewaltfreiheit betonten und lebten, wurden verfolgt, ausgewiesen, gefoltert und ermordet.

Prominente Vertreter des Protestantismus („Thron und Altar“) haben im Ersten Weltkrieg ebenfalls Schuld auf sich geladen. „Im Ersten Weltkrieg feierte die Verbindung und Verschmelzung von Christentum und Nationalismus regelrechte Triumphe.“<sup>12</sup>

Mit der nationalistischen, kriegsbefürwortenden Haltung des Protestantismus zum Ersten Weltkrieg, mit der Segnung von Waffen und Soldaten und den kriegstreiberischen Predigten von den Kanzeln im ganzen Land ist die evangelische Kirche in die Irre gegangen.

„Gott mit uns“ heißt es am Leipziger Völkerschlachtdenkmal von 1913. So war es auch auf den Koppelschlössern der Soldaten des Ersten wie auch des Zweiten Weltkriegs zu lesen. Das Bibelwort aus dem Matthäusevangelium „Siehe, eine Jungfrau wird schwanger sein und einen Sohn gebären, und sie werden ihm den Namen Immanuel geben“, das heißt übersetzt: Gott mit uns.“ (Mt 1,23, zitiert Jes 7,14) wurde bereits im 30-jährigen Krieg als Schlachtruf missbraucht. Es bezieht sich allerdings nicht auf Krieg und Tod, sondern auf ein neugeborenes Kind, das den Frieden bringen soll, einen Friedensstifter.

Der Theologe Reinhold Seeberg schrieb 1914: „Der Krieg ist das große Examen der Weltgeschichte. Die einen rücken herauf, die anderen kommen herunter. Und dieses Examen ist gerecht.“

Die Kanzelabkündigung Wilhelms II. zu Kriegsbeginn 1914, „Reinen Gewissens über den Ursprung des Krieges, bin ich der Gerechtigkeit unserer Sache vor Gott gewiss“, steht in der Tradition des gerechten Krieges, die auch für evangelische Theologen am Beginn des 20. Jahrhunderts noch selbstverständlich war.

Unzählige Kriegspredigten aus dem ersten Kriegsjahr belegen eine regelrechte Kriegseuphorie. Dies hatte sich bis zum Ende des Ersten Weltkriegs in weiten Teilen des Protestantismus nicht geändert. Feldpredigten und christliche Kriegslieder („Hurra und Halleluja“) predigten ein Durchhalten im Kampf, das sogar mit der Passion Christi verglichen wurde. Auch die Idee, Hindenburg in der Tradition Luthers zu begreifen und zu parallelisieren, stammt aus dem Protestantismus selbst.

---

<sup>12</sup> Das ist das ernüchternde Ergebnis des Kirchenhistorikers Martin Greschat, „Der Erste Weltkrieg und die Christenheit. Ein globaler Überblick“. Diese Feststellung gilt für sämtliche Krieg führenden Staaten und in gewisser Weise sogar für die Neutralen.



Es gab vor 100 Jahren, am Ende des Ersten Weltkriegs, durchaus evangelische Stimmen, die für den Frieden, innere Reformen des Staates und später eine konstruktive Mitarbeit in der jungen Demokratie eintraten – sie waren aber keinesfalls die selbstverständliche evangelische Perspektive. Pazifisten wie Otto Umfrid (1857–1920) oder Friedrich Siegmund-Schultze (1885–1969) gehörten mit ihrem Engagement zur Minderheit in der Evangelischen Kirche und wurden als „Friedenshetzer“ beschimpft.

Dolchstoßlegende und antidemokratisch-völkische Gesinnungen hielten sich auch im Protestantismus der Weimarer Republik noch lange. Das Gelingen von Frieden und Demokratie war am Ende des Ersten Weltkrieges keinesfalls das geeinte Streben der evangelischen Kirchen und der evangelischen Theologie.

Namhafte Theologen wie Dietrich Bonhoeffer mussten auch Jahre später noch einen Wandlungsprozess durchmachen, um die Idee eines gerechten Krieges zu verwerfen und für den Frieden einzustehen. Bonhoeffer äußert sich als Jugendsekretär des Weltbundes für Freundschaftsarbeit in Fanö 1934 deutlich: „Es gibt keinen Weg zum Frieden auf dem Weg der Sicherheit. Denn Friede muss gewagt werden, ist das eine große Wagnis, und lässt sich nie und nimmer sichern. Friede ist das Gegenteil von Sicherheit.“<sup>13</sup>

Wir müssen eingestehen, dass die evangelische Kirche ihrem Auftrag für den Frieden auf Erden einzutreten, oft nicht nachgekommen ist. Im Gegenteil, sie hat es zugelassen oder mitverantwortet, dass der christliche Glaube zur Legitimation von Gewalt herangezogen wurde, sowohl in Europa als auch durch koloniale theologische Denkmuster in der Welt. In ihrer Geschichte ist die evangelische Kirche immer wieder das Zeugnis vom Frieden unter den Völkern schuldig geblieben. Nach wie vor mahnen uns das Stuttgarter Schuldbekenntnis von 1945 und das „Darmstädter Wort zum politischen Weg unseres Volkes“ von 1947, die beide vom ersten rheinischen Präses Heinrich Held mitverantwortet wurden, zum Frieden. Als eine Ermutigung sehen wir, dass Christinnen und Christen aufgrund ihrer Glaubensüberzeugung in Ostermärschen seit den Friedensdemonstrationen gegen den NATO-Doppelbeschluss für den gerechten Frieden eintreten.

## **5. Der ökumenische Weg vom gerechten Krieg zum gerechten Frieden**

Der Paradigmenwechsel vom gerechten Krieg zum gerechten Frieden vollzog sich langsam. Doch die ungeheure Zahl von menschlichen Opfern im Ersten und Zweiten Weltkrieg und die unbeschreiblichen Verwüstungen von Ländern und Kulturen disqualifizierten jede Rechtfertigung von Krieg.

„Wenn du den Frieden willst, bereite den Frieden vor.“ (Si vis pacem para pacem.) Dieses Leitbild des gerechten Friedens öffnet Blick und Weg in Richtung einer prima ratio der Gewaltfreiheit zur Transformation von Konflikten.

---

<sup>13</sup> Dietrich Bonhoeffer, London 1933-1935, in: Dietrich Bonhoeffer Werke, Bd.13,300.

Anstöße dazu gaben Theologen wie Dietrich Bonhoeffer und die historischen Friedenskirchen der Mennoniten, der Church of the Brethren und der Quäker sowie die ökumenische Bewegung.

Der Ökumenische Rat der Kirchen (ÖRK) beschloss gleich bei der Gründung in seiner I. Vollversammlung in Amsterdam 1948 unter dem bezeichnenden Motto „Die Unordnung der Welt und Gottes Heilsplan“: „Krieg soll nach Gottes Willen nicht sein“, er sei „Sünde wider Gott und eine Entwürdigung des Menschen“<sup>14</sup>.

Dietrich Bonhoeffer hatte bereits 1934 ein ökumenisches Konzil gefordert, das der „rasenden Welt“ den Frieden bringt. Es hat zwar nie stattgefunden, wohl aber hat Bonhoeffer dem Konziliaren Prozess gegenseitiger Verpflichtung für Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung den Weg geebnet. Er wurde auf Initiative der Delegation der DDR-Kirchen bei der VI. Vollversammlung des ÖRK 1983 in Vancouver ausgerufen. In Deutschland war für den Durchbruch des Leitbildes vom gerechten Frieden die Ökumenische Versammlung Dresden-Magdeburg-Dresden in der DDR 1989 unter der Überschrift „Umkehr zum Schalom als dem Frieden der Völker“ hilfreich. Sie forderte die Entwicklung einer Lehre vom gerechten Frieden.

Die römisch-katholische Kirche entfaltete den gerechten Frieden in ihrem Wort der deutschen Bischöfe vom September 2000 in „Gerechter Friede“, die Evangelische Kirche in Deutschland mit ihrer Friedensdenkschrift 2007 „Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen“.

Die X. Vollversammlung des ÖRK 2013 in Busan/Republik Korea rief mit ihrer Erklärung über den Weg des gerechten Friedens zu einem Pilgerweg der Gerechtigkeit und des Friedens auf: „Der gerechte Friede ist ein Weg, der ausgerichtet ist auf Gottes Heilsplan für die Menschheit und die ganze Schöpfung. Er wurzelt im Selbstverständnis der Kirchen, in der Hoffnung auf spirituelle Transformation und dem Aufruf, nach Gerechtigkeit und Frieden für alle zu streben. Es ist eine Reise, zu der wir alle eingeladen sind, um mit unserem Leben Zeugnis abzulegen“.<sup>15</sup> Der Pilgerweg führt zu Schmerzpunkten und Kraftorten in vier alltäglichen Dimensionen: zum Frieden in der Gemeinschaft, mit der Erde, in der Wirtschaft und zwischen den Völkern.<sup>16</sup>

Mit dieser Einladung aus Busan wird der Prozesscharakter des Konziliaren Prozesses für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung betont und um den Gedanken der Transformation<sup>17</sup> präzisiert.

---

<sup>14</sup> Bericht IV Sektion Amsterdam 1948

<sup>15</sup> Erklärung zum gerechten Frieden, X. Vollversammlung des ÖRK in Busan 2013

<sup>16</sup> Konrad Raiser, Ulrich Schmitthenner (Hg), Gerechter Friede, LIT-Verlag, 2. Auflage, 2013, 15f. Vgl. ÖRK-Zentralausschuss: Eine Einladung zum Pilgerweg, Dokument Nr. GEN 05 rev., 2.-8. Juli 2014 in Genf, Schweiz, 4. Schmerzpunkte als Punkte der Ungerechtigkeit und Kraftorte als Orte der Hoffnung sind hier klar ethisch bestimmt und nicht esoterisch.

<sup>17</sup> S. Information zur Landessynode 2016 „Den Wandel gestalten – zum Leben umkehren.“

<http://www.ekir.de/www/ueber-uns/vortrag-grosse-transformation-schneidewind-ls2016.php>

Die Evangelische Kirche im Rheinland und dieses Friedenswort mit seinem historischen Ausgangspunkt des 100-jährigen Gedenkens an das Ende des Ersten Weltkrieges ist Teil dieses Prozesses. Das bedeutet, heutige Schmerzpunkte zu benennen, aber auch auf Kraftorte hinzuweisen, die Orte der Hoffnung sind und Transformation markieren.

Es ist friedensethisch bedeutsam, dass die ungeheure Gewalt der Weltkriege heute überwiegend nicht mehr in militärischen Auseinandersetzungen von Staaten wirksam ist, die sich gegenseitig den Krieg erklären. Das hatte der Ökumenische Rat der Kirchen noch im Sinn, als er 1948 sagte: "Krieg soll nach Gottes Willen nicht sein". Heute handelt es sich überwiegend um gewaltförmige Auseinandersetzungen innerhalb von Staaten (Bürgerkriege), Gewalt aus Rassismus, Gewalt gegen Frauen und Kinder sowie Gewalt durch Terrorismus. Gewalt wird auch ausgelöst durch Hunger und Veränderungen des Klimas und durch militärische Sicherung von Rohstoffen, Ressourcen und Handelswegen.

Die Versuchung ist groß, auf diese vielgestaltige Gewalt mit physischer oder struktureller Gegengewalt zu reagieren. Die deutsche und europäische Geschichte, auch kulturelle Traditionen, führen uns in das Dilemma der Gegengewalt. Doch Jesu Tod am Kreuz setzt alle tödliche Gewalt ins Unrecht, und seine Auferstehung zeigt, dass sie nicht das letzte Wort hat. Im Licht von Kreuz und Auferstehung ist darum ein anderes Verhalten in der Nachfolge Jesu möglich. Wir sind in unseren Reaktionen nicht mehr auf Gegengewalt angewiesen, sondern aufgefordert anders zu handeln - zu allererst mit erlernbaren Überzeugungen und Haltungen der Gewaltfreiheit und vielfältigen in Gesellschaft und Politik entwickelten Fähigkeiten, Methoden und Erfahrungen (z.B. Dialog, Mediation, Schlichtung, Rechtsmittel). Es gilt die *prima ratio* der Gewaltfreiheit, die oft missverstanden wird. Nur in den allerseltensten Fällen ist sie ein Nachgeben und Aufgeben der eigenen Position, Interessen und Bedürfnisse, sondern zielt auf Verhandlung und Kooperation.

Den Weg des gerechten Friedens zu suchen, ist sowohl eine individuelle als auch eine gesellschaftliche Aufgabe. Es ist zugleich ein Anspruch, an dem die Evangelische Kirche im Rheinland sich ständig selbst überprüfen und ausrichten muss, an dem sie scheitern kann und den sie dennoch auch in der Welt nicht verschweigt, sondern lebt.

## **6. Selig sind, die Frieden schaffen**

Wir nehmen die ungeheure Einladung an, mit der Bergpredigt Politik zu machen. Sie fordert uns heraus und schenkt uns Orientierung. Oft stehen wir zerrissen zwischen Widerstand und Ergebung vor konkreten Situationen. Dietrich Bonhoeffer ringt 1935<sup>18</sup> in einem Brief an seinen Bruder um den Anspruch, der aus der Bergpredigt spricht: „Ich glaube zu wissen, dass ich eigentlich erst innerlich klar und wirklich aufrichtig sei würde, wenn ich mit der

---

<sup>18</sup> Dietrich Bonhoeffer, Brief an Karl- Friedrich Bonhoeffer vom 14.01.1935

Bergpredigt wirklich anfinde, ernst zu machen. Hier sitzt die einzige Kraftquelle... Es gibt doch nun einmal Dinge, für die es sich lohnt, kompromisslos einzutreten. Und mir scheint, der Friede und die soziale Gerechtigkeit, oder eigentlich Christus, sei so etwas.“

Jesus als der Christus lehrt mit seiner Bergpredigt (Mt 5-7), dass es möglich ist, Gewalt zu überwinden und den Frieden Gottes zu leben. Er bietet damit Wegweisung in der Auslegung der Tora. „Glücklich die Gewaltfreien: Sie werden das Land erben!“ (Mt 5,5) Diese Seligpreisung der Sanftmütigen ist eine „Beglückwünschung“<sup>19</sup> derer, die in der Haltung der Gewaltfreiheit leben. Der Evangelist Matthäus nimmt Psalm 37, 11 auf: „Die Armen/Demütigen werden das Land erben.“ Sie verhalten sich anders als die „Frevler“, die Waffen besitzen und benutzen (Ps 37, 14).

Das heißt nicht nur, passiv friedfertig zu leben, sondern aktiv Frieden zu stiften: „Glücklich, die Frieden machen: Sie werden Söhne und Töchter Gottes“<sup>20</sup> heißen.“ (Mt 5,9) Frieden machen oder stiften findet sich in Jesaja 27, 5 wieder, wenn es um den Frieden mit Gott geht, und in Jes 45,7 und Hiob 25,2 (vgl. Ps 34,15) Gott Frieden stiftet.

Schalom ist das hebräische Wort für Frieden. Es umfasst Vorstellungen von Ganzheit und Unversehrtheit, von Gerechtigkeit und davon, genug im Leben zu haben. „Glücklich, die hungert und dürstet nach Gerechtigkeit, denn sie sollen satt werden.“ Mt 5,6. Weihnachten ist das mit dem Lied vom „Frieden auf Erden“ (Lk 2,14) im Blick, wenn Gott in Jesus von Nazareth Mensch wird.

Jesus von Nazareth reagiert auf die Gewaltstrukturen der Pax Romana<sup>21</sup> nicht mit Gegengewalt, und erweist sich auch darin als der Christus. Als Töchtern und Söhnen Gottes ist uns in der Nachfolge Christi aufgetragen, zu Abnahme von Gewalt und zur Zunahme von Recht und Gerechtigkeit beizutragen. Das Lukas-Evangelium beleuchtet, wie seine Freundinnen und Freunde den Gewaltverzicht und die Feindesliebe Jesu bei seiner Verhaftung im Garten Gethsemane (Lk 22,50) als Anbruch einer neuen Realität erleben. Die Geschichte der Heilung des abgeschlagenen Ohres des Feindes im Garten Gethsemane (Lk 19,45ff.par) eröffnet einen neuen Horizont für aktive Konfliktbearbeitung, die zur Gewaltfreiheit ermutigt.

In der Auseinandersetzung mit den biblischen Geschichten lernen wir, dass Frieden auf Erden möglich ist, aber noch nicht existiert. Wir ertragen heutige Dilemmasituationen angesichts der Bibel und erfahren, dass die Entschei-

---

<sup>19</sup> Zur Übersetzung der Seligpreisungen und zu den Seligpreisungen im Folgenden siehe Klaus Wengst, Das Regierungsprogramm des Himmelreichs, Stuttgart 2010, 32.

<sup>20</sup> Klaus Wengst, Das Regierungsprogramm des Himmelreichs, Stuttgart 2010, 50. Die Kinder Gottes sind bei Matthäus die Israeliten. Matthäus hat „die Gotteskindschaft mit den spezifischen Taten der Friedensstiftung verbunden.“ Die Bergpredigt ist im Kontext innerjüdischer Auseinandersetzungen zu lesen.

<sup>21</sup> Die Pax Romana des römischen Kaisers Augustus war eine 200-jährige Blütezeit, die jedoch ohne das römische Heer nicht denkbar gewesen wäre, das konsequent eingesetzt wurde, um den Willen Augustus umzusetzen. Der „Frieden“ wurde militärisch erzwungen. Die Völker wurden „befriedet“.

den Weg des Friedens zu beschreiten den Preis des eigenen Lebens kosten kann. Das Kreuz der konkreten Entscheidungen wird uns nicht genommen. „Glücklich seid ihr, wenn man Euch beschimpft und verfolgt und jedwedes böse gegen Euch sagt um meinetwillen.“ (Mt 5, 11) Biblische Texte sind immer zugleich Trost und Herausforderung, Möglichkeiten des Einsatzes für den Frieden zu erproben.

Kirche des gerechten Friedens sein bedeutet, Krieg und kriegerische Mittel als Möglichkeit der Konfliktlösung, als „ultima ratio“ abzulehnen und zu überwinden, Schritt für Schritt. Gewaltfreie Lösungen sind möglich. Sie sind schmerzhaft, weil sie eigene, besonders wirtschaftliche, Interessen berühren. Sie sind langwierig und müssen mühsam gelernt werden. Sie sind aber die Lösungen, die sich als roter Faden durch die Bibel ziehen und biblisch geboten sind.

Angesichts dessen versagen wir häufig, erkennen unser Scheitern. Mit Blick auf das Reich Gottes wollen wir uns aber an die prima ratio der Gewaltfreiheit halten und die Unerlöstheit der Welt nicht missbrauchen, um Gewalt und Krieg zu legitimieren. Dabei unterscheiden wir zwischen „power“, demokratisch legaler Gewalt, z.B. der Polizei und des Militärs in eng begrenzten Ausnahmesituationen, und „violence“, der zerstörerischen und ethisch nicht gerechtfertigten Gewalt. Die Verantwortung „in der noch nicht erlösten Welt“ (Barmen V) fordert uns heraus, zu zeigen, wie wir an der in Jesus Christus geschehenen Erlösung, an die wir glauben, schon teilhaben. Es wäre „billige Gnade“, den Gebrauch unerlöster Mittel und unerlöstes Handeln mit der V. Barmer These zu entschuldigen und zu rechtfertigen. Wir haben die Erlösung zu bezeugen, wenn wir sie nicht leugnen wollen.<sup>22</sup>

Kurt Marti hat einst gedichtet: „Der Himmel, der kommt, grüßt schon die Erde, die ist, wenn die Liebe das Leben verändert“. Der neue Himmel und die neue Erde werden kommen.<sup>23</sup> Dazu braucht Gott alle Menschen. Im Dialog der Religionen suchen wir gemeinsam mit anderen nach einem gerechten Frieden. Wir können kooperieren. Wir arbeiten für Frieden und Gerechtigkeit in der Gewissheit, dass diese Arbeit nicht umsonst ist. Wir ändern die Blickrichtung, wollen Konflikte gewaltfrei statt gewaltsam lösen und nehmen die Hoffnungsperspektive ein, aus der wir friedenslogisch denken. Oder wie es die EKD-Friedensdenkschrift von 2007 formuliert: „Wer aus Gottes Frieden lebt, tritt für den Frieden in der Welt ein.“

Die Bergpredigt ist für uns in unserem Streben nach einem gerechten Frieden richtungsweisend. Denn wir leben in der Verheißung, dass Gottes himmlisches Friedensreich in unserem Handeln gegenwärtig ist. Somit ist der Ernst der Forderung der Bergpredigt auch in unserem Eintreten für einen gerechten Frieden stets festzuhalten und nicht zu relativieren. Wir wissen

---

<sup>22</sup> Fernando Enns, Krieg, Frieden oder ein Dritter Weg?, in: Junge Kirche 4/2015, 1-4

<sup>23</sup> S. Offb 21-22; vgl. Mit Israel hofft sie (die Evangelische Kirche im Rheinland) auf einen neuen Himmel und eine neue Erde. (KO I)

aber auch, dass das himmlische Reich des Friedens noch nicht Wirklichkeit ist. Nach Barmen V leben wir in einer unerlösten Welt. Deshalb verstehen wir uns in all unserem Handeln als Kirche auf dem Weg des gerechten Friedens als getragen durch den Zuspruch Gottes in Jesus Christus, der die Vergebung aller Sünden ist (vgl. Barmen II).

## **7. Konsequent in Kirche, Staat und Gesellschaft für Frieden eintreten**

Angesichts der vielfältigen Bedrohungen für den Frieden in der heutigen Welt, angesichts von Verteilungsungerechtigkeit, zerfallener Staatlichkeit und schwindenden zivilgesellschaftlichen Räumen, angesichts von Armut, von Genoziden, von Krieg, Flucht, Hunger und Terror - sei es weltweit oder vor Ort - wollen wir nicht schweigen, sondern klar und deutlich unsere Stimme erheben.

Wir sind uns dabei bewusst, dass wir diese Zustände auch mitverursachen, erleben oder davon profitieren. Aber wir setzen auf die Möglichkeit umzukehren, indem wir für den Schutz der Würde des Menschen und die Menschenrechte eintreten und uns für das friedliche Zusammenleben aller Menschen im Einklang mit der Schöpfung einsetzen. Wir unterstützen die multilaterale Arbeit der Vereinten Nationen für gewaltfreie Lösungen gegen militärische Gewalt.

Wir beteiligen uns am Diskurs, die 17 nachhaltigen Entwicklungsziele der Agenda 2030 (SDGs) der Vereinten Nationen zu erreichen, und unterstützen ihre Umsetzung, denn sie sind Bausteine eines gerechten Friedens (SDG 16). Mit früheren Arbeiten - u.a. die Argumentationshilfe „Ein gerechter Friede ist möglich“ (2005) und das Projekt „Wirtschaften für das Leben“<sup>24</sup> - haben wir zur Friedensbildung und zu einer europäischen Friedens- und Sicherheitspolitik einen Grundstein gelegt.

Wir haben uns an den von der Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen in Busan ausgerufenen Pilgerweg der Gerechtigkeit und des Friedens angeschlossen. Jede Kirchengemeinde, jeder Kirchenkreis, jedes kirchliche Werk, jede kirchliche Gruppe in der Evangelischen Kirche im Rheinland ist aufgerufen Teil der ökumenischen Gemeinschaft auf diesem Pilgerweg zu sein.

Daher beklagen wir Schmerzpunkte auf diesem Pilgerweg, die wir auch in unserer eigenen Kirche wahrnehmen. Sie sind für uns eine Herausforderung, Kraftorte zu gestalten:

### **7.1 Rüstungsexporte**

Wir sehen auf die Rüstungsfirmen, die es im Rheinland gibt, und unsere eigene Verstrickung darin. Rüstungsexporte tragen zu Konfliktverschärfung

---

<sup>24</sup> <http://www.ekir.de/globalisierung/material/textheft-und-arbeitshilfe-wirtschaften-fuer-das-leben-204.php>

und Kriegen bei. Als Evangelische Kirche im Rheinland haben wir die Aufgabe, Dialoge mit den Firmen zur Konversion zu führen und öffentliche Diskussionen anzustoßen. Rüstungsexporte müssen ein Ende haben.<sup>25</sup> Wir fordern:

- Kriegswaffen und sonstige Rüstungsgüter werden grundsätzlich nicht exportiert. Der Export von Kleinwaffen wird verboten. In einem ersten Schritt werden die deutschen Regelungen zu Fragen des Rüstungsexportes in einem Gesetz systematisiert und zusammengefasst<sup>26</sup>.

## 7.2 Atomwaffen

Wir nehmen wahr, dass auf dem Gebiet der Evangelischen Kirche im Rheinland die letzten Atomwaffen in Deutschland lagern, die jetzt modernisiert werden. Damit sinkt die Hemmschwelle für den Einsatz dieser Waffen. Wir bekennen, dass die Drohung mit atomaren, aber auch chemischen und biologischen Massenvernichtungswaffen nicht mehr als Mittel legitimer Selbstverteidigung angesehen werden kann. Im Vertrauen auf Gottes Frieden wollen wir uns nicht länger von solchen Waffen umgeben, schützen und gefährden lassen. Wir billigen gewaltfreie Aktionen des Protestes gegen Atomwaffen in Büchel. Wir fordern:

- den längst überfälligen Abzug statt der Modernisierung der Atomwaffen in Büchel und der anderen ca. 160 Atomwaffen in Europa. Wir fordern die Bundesregierung auf, den Atomwaffenverbotsvertrag, den 122 Staaten der Vereinten Nationen am 7. Juli 2017 völkerrechtlich verbindlich beschlossen haben, zu unterzeichnen.<sup>27</sup>

## 7.3 Militarisierung

Die Denkfigur der „gemeinsamen Sicherheit“<sup>28</sup>, d.h. Sicherheit nur miteinander und nicht vor-einander zu suchen, ist wesentliche Grundlage auf dem Weg zu einem gewaltfreien System europäischer und weltweiter Friedensordnung.

Dieser Weg wird allerdings zurzeit nicht weiter beschritten. Stattdessen kann kriegerische Gewalt wieder als Mittel der Politik gedacht werden und deutsche Streitkräfte werden in Auslandseinsätzen eingesetzt, nicht nur vorgehalten. Vorgehalten werden hingegen Hightech-Waffen und eine dominante, eskalationsbereite Nuklear-Rhetorik.

---

<sup>25</sup> Siehe Protokoll der Landessynode der Evangelischen Kirche im Rheinland vom 12. Januar 2012, LS 2012-B25, Antrag der Kreissynode Jülich betr. Verhinderung von Rüstungsexporten

<sup>26</sup> Rüstungsexportbericht der Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung GKKE 2016, 107

<sup>27</sup> Die Internationale Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen ICAN hat den Friedensnobelpreis 2017 verliehen bekommen. Sie kämpft für ein internationales Atomwaffenverbot und setzt sich dafür ein, dass möglichst viele Staaten dem Verbotsvertrag beitreten. [www.icanw.de/action/friedensnobelpreis-wie-geht-es-weiter/](http://www.icanw.de/action/friedensnobelpreis-wie-geht-es-weiter/)

<sup>28</sup> Palme-Kommission 1982, vgl. Berliner Memorandum der FEST, 2.Mai 2017

Mit dem Hinweis auf zahlreiche Krisen und Konflikte weltweit soll die Sicherheitspolitik und Zukunft der Bundeswehr neu ausgerichtet werden, unter anderem ganz ungeschminkt, um den „Wohlstand der Bürgerinnen und Bürger“<sup>29</sup> zu sichern. Ihre neue Rolle impliziert einen stärkeren Ausbau ihrer Struktur im Sinne eines „europäischen Pfeilers in der NATO“<sup>30</sup> in Übereinstimmung mit der gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Europäischen Union.

In der Luftleitzentrale Kalkar/Uedem, Niederrhein, mit den Headquarter Air in Ramstein und der Africom Zentrale in Stuttgart, sowie im Joint Air Power Competence Center (JAPCC) wird das militärische Handeln der NATO–Luftstreitkräfte, so z.B. im völkerrechtswidrigen Kosovo-Krieg 1998/1999, gesteuert. Wir fordern

- die Aktivitäten der Luftleitzentrale und des JAPCC einzustellen, und
- die gezielten Tötungen von Menschen durch Kampfdrohnen einzustellen, da sie ethisch nicht legitimierbar sind,<sup>31</sup>
- eine Revision der Sicherheitspolitik, wie sie u.a. im Weißbuch der Bundesregierung (2016) zum „freien sowie ungehinderten Welthandel“<sup>32</sup> zugespitzt wird. Maßstab dafür könnten die Leitlinien des Auswärtigen Amtes „Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern“<sup>33</sup> sein.

#### 7.4 Menschen auf der Flucht

Wir sehen mit Scham, dass das anhaltende In-Kauf-Nehmen der Ermordung von Menschen auf der Flucht an den EU-Außengrenzen und die Vorverlagerung der Abschottung Europas gegenüber Menschen auf der Flucht vor allem in die nordafrikanischen Staaten ein an humanen Werten orientiertes Europa und die Friedensfähigkeit europäischer Staaten beschädigt.

Menschen fliehen weltweit vor Krieg, Armut, Unterdrückung, Not und Folgen des Klimawandels.<sup>34</sup> Orientiert am Wort Jesu „Was ihr getan habt einem von

---

<sup>29</sup> Weißbuch der Bundesregierung 2016

<sup>30</sup> Europäische Union 2016, Shared Vision Common Action: A Stronger Europe. A Global Strategy for the European Union's Foreign and Security Policy, Brüssel, 16.

<sup>31</sup> [https://www.unog.ch/80256EE600585943/\(httpPages\)/8FA3C2562A60FF81C1257CE600393DF6?OpenDocument](https://www.unog.ch/80256EE600585943/(httpPages)/8FA3C2562A60FF81C1257CE600393DF6?OpenDocument); siehe auch <http://www.stopkillerrobots.org>, eine NGO, die für eine Ächtung der LAWS eintritt.

<sup>32</sup> Weißbuch der Bundesregierung 2016, 11

<sup>33</sup> [www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/.../Krisenpraevention/7.../PeaceLab.html?...](http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/.../Krisenpraevention/7.../PeaceLab.html?...) Das Bundeskabinett hat am 14.6.2017 nach einem intensiven und schwierigen Abstimmungsprozess innerhalb der Bundesregierung die Leitlinien „Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern“ beschlossen. Die Leitlinien ergänzen das Weißbuch 2016. „Die Bundesregierung hat damit ihr Krisenmanagement auf eine neue strategische Grundlage gestellt und dabei den Primat der Politik, den Primat der Prävention und den Vorrang des Zivilen bekräftigt“ ([www.peacelab2016.de](http://www.peacelab2016.de)). Die „Leitlinien“ ersetzen den Aktionsplan „Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“ (2004). Die Zivilgesellschaft hat sich an dem Entstehungsprozess dieses Papiers beteiligt und dazu Stellung genommen (<http://www.konfliktbearbeitung.net/einblicke/deutschlands-verantwortung-welt-friedensfoerderung>).

<sup>34</sup> Nach Angaben des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR) sind es derzeit 65,3 Millionen Menschen.



meinen geringsten Geschwistern, das habt ihr mir getan“ (Mt 25,20) setzt die Evangelische Kirche im Rheinland ihr Engagement für Geflüchtete in Deutschland und in Zusammenarbeit mit den europäischen Partnerkirchen fort.<sup>35</sup> Wir fordern

- eine grundsätzliche Abkehr von der Politik der Abschottung,
- die Schaffung von legalen Zugangsmöglichkeiten nach Europa,
- eine tatsächliche Bekämpfung der Fluchtursachen, die gerechte Wirtschaftsbeziehungen einschließt,
- eine auf Partizipation der hier lebenden Geflüchteten zielende Inklusionspolitik.

## 7.5 Friedenserziehung

Wer für einen gerechten Frieden eintritt, der muss auch die Erziehung zum Frieden als eine wichtige und unverzichtbare Aufgabe erachten. Schon lange, bevor ein Krieg ausbricht, hat er bereits in den Gedanken und in den Herzen der Menschen begonnen. Hier ist die Kirche dazu aufgerufen, dafür einzutreten, dass in den Bildungseinrichtungen zum Frieden erzogen wird, damit Menschen öffentlich für den Frieden wirken und im persönlichen Bereich Konflikte friedlich lösen können. Kraftort ist hier bereits jetzt z.B. die Einrichtung des zwölfmonatigen Freiwilligen Friedensdienstes in der Evangelischen Kirche im Rheinland und anderer Träger. Wir fordern:

- Friedensbildung zur Gewaltfreiheit in der kirchlichen und schulischen Bildungsarbeit zu verankern,<sup>36</sup>
- die Berücksichtigung des 21. Septembers als internationalen Tag des Friedens für einen „Tag der Friedensbildung“ in Schulen und Bildungseinrichtungen neben dem 1. September als Gedenktag an den Ausbruch des zweiten Weltkrieges, an dem die deutsche Schuldgeschichte und besondere Friedensverantwortung im Zentrum des Gedenkens steht,
- die Aussetzung von öffentlichen Werbekampagnen der Bundeswehr, insbesondere bei Jugendlichen unter 18 Jahren, welche militärischen Konfliktlösungen gegenüber zivilen Vorrang geben und die Entwicklung zu einer gesellschaftlichen Haltung der Gewaltfreiheit erschweren,

---

<sup>35</sup> Hinzuweisen ist auf die Synodalbeschlüsse B60/2016 und B56/2015 sowie auf die Vorlage der Kirchenleitung an die Landessynode 2017 (Drucksache 27) zur „Flüchtlingsproblematik an EU-Außengrenzen“.

<sup>36</sup> Siehe Qualifizierungskurse für Referentinnen und Referenten für Friedenserziehung an Schulen in: Auswertungsbericht an die Landessynode 2016 DS 1, LS 2016, S.48-51; <http://www.ekir.de/www/service/frieden-16958.php>; vgl. auch „Bericht und Empfehlungen der Arbeitsgruppe „Friedenserziehung und Gewissensbildung“, Beschluss der Kirchenleitung vom 11.02.2012, in dem gefordert wurde, dass Jugendoffiziere als Vertreter des BMVg nicht als alleinige Fachreferenten für die Themen Frieden und Sicherheit stehen sollen. In der Folge hat das Land NRW die Jugendoffiziere nicht mehr an der Aus- und Fortbildung von Referendaren und Lehrerinnen beteiligt. [http://www.ekir.de/www/downloads/ekir2012bericht\\_friedenserziehung\\_gewissensbildung.pdf](http://www.ekir.de/www/downloads/ekir2012bericht_friedenserziehung_gewissensbildung.pdf)

- keine Rekrutierung von Soldaten unter 18 Jahren gemäß der Empfehlung des UN- Ausschusses für die Rechte des Kindes (2014) zur Überprüfung der Umsetzung der Kinderrechtskonvention<sup>37</sup>,
- die Bundesregierung aufzufordern, die „Safe School Declaration“, Oslo 2015, zur Umsetzung der Richtlinien zum Schutz von Schulen und Hochschulen vor militärischer Nutzung in einem bewaffneten Konflikt zu unterzeichnen,
- Veranstaltungen mit Initiativen und fachkompetenten Partnern zu organisieren, die sich für Gewaltfreiheit einsetzen.

## 7.6 Konflikttransformation

Die vielfältigen gewaltfreien Formen der Konfliktbearbeitung müssen bekannter gemacht werden. Oft genug zeichnen sich Konflikte frühzeitig ab, doch werden die Chancen nicht genutzt, sie vor dem Einsatz von militärischen Mitteln zu lösen - durch den Einsatz von Mediatoren, Friedensfachkräften und die Unterstützung von zivilgesellschaftlichen Organisationen. Zum unbedingten Vorrang von zivilen Mitteln der Konfliktbearbeitung gehört auch, dass sich die Evangelische Kirche im Rheinland für eine vorrangige Option für die Finanzierung von Friedendiensten statt militärischer Dienste einsetzt. Wir fordern:

- Konflikte einvernehmlich im Rahmen der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) und der Vereinten Nationen (UNO) zu lösen, insbesondere den Konflikt in der Ukraine<sup>38</sup>
- (EU)-Finanzmittel<sup>39</sup>, die für die zivile Konfliktprävention, und -bearbeitung sowie den Aufbau von Zivilgesellschaften gedacht sind, nicht militärisch umzudefinieren, sondern zu erhalten und aufzustocken.

## 7.7. Kriegsdienstverweigerung

Die Reformation hat die zentrale Bedeutung des Gewissens des Einzelnen für die christliche Lehre und das christliche Leben, aber auch für die ethische Verantwortung und Urteilsbildung unterstrichen. Die Entscheidung gegen den Kriegsdienst mit der Waffe aus Gewissensgründen ist durch das

---

<sup>37</sup> Siehe [http://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/user\\_upload/PDF-Dateien/Pakte\\_Konventionen/CRC/crc\\_state\\_report\\_germany\\_3\\_4\\_2010\\_cobs\\_2014\\_en.pdf](http://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/user_upload/PDF-Dateien/Pakte_Konventionen/CRC/crc_state_report_germany_3_4_2010_cobs_2014_en.pdf)

<sup>38</sup> Vgl. die Stellungnahme der Landessynode 2006 zu Fragen der Europäischen Sicherheitsstrategie (ESS) und zur Regelung der Europäischen Sicherheitspolitik im EU – Verfassungsvertrag Drucksache 17, Anhang Seite 415

<sup>39</sup> Wie z.B. kürzlich im Europaparlament gebilligt wurde, Mittel des Instruments für Stabilität und Frieden (Instrument contributing to Stability and Peace, IcSP) für die Finanzierung der Ausbildung und Ausrüstung von Partnerarmeen zu öffnen. Das Instrument wurde 2014 geschaffen, um die EU-Politik bei der Vorbeugung gegen Gewaltkonflikte, bei Krisenreaktionen und der Friedenskonsolidierung zu profilieren, also z.B. bei der Entwicklung demokratischer Staatsorgane, der zivilen Kontrolle des Sicherheitssektors, bei der Abrüstung und der Demobilisierung und Wiedereingliederung von ehemaligen Kämpfern. Das IcSP ist das wichtigste Instrument der EU für eine Friedenspolitik im Sinne des gerechten Friedens.

Grundgesetz geschützt und auch nach der Aussetzung der Wehrpflicht von Bedeutung für die Soldatinnen und Soldaten. Deren Anliegen nehmen wir wahr. Wir fordern:

- Menschen in ihrer Gewissensentscheidung zu begleiten und zu beraten. Darum ist ein unabhängiger kirchlicher Dienst an Kriegsdienstverweigerern unverzichtbar, der der Entscheidung der Soldatinnen und Soldaten und ihrer Interessen gerecht wird.

## **8. Handlungsempfehlungen**

Die Landessynode bittet Kirchengemeinden, Kirchenkreise und Landeskirche das Friedenswort mit dem Ziel zu diskutieren, Kirche des gerechten Friedens zu werden und dies zu erklären.

Mit den Handlungsempfehlungen nennen wir konkrete Schritte, um auf dem Weg eines gerechten Friedens zu gehen.

- Wir setzen den Auf- und Ausbau der Struktur der Friedensarbeit auf allen Ebenen der Evangelischen Kirche im Rheinland fort, unter Beteiligung von Initiativen und Gruppen im Sinne des konziliaren Prozesses für Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung, insbesondere der Rheinischen Friedenskonferenz und der Arbeitsgruppe Frieden (AGF).

- Wir fördern Friedensfachorganisationen im Bereich der Evangelischen Kirche im Rheinland.

- Wir betreiben die Website [www.ekir.de/frieden](http://www.ekir.de/frieden).

- Wir unterstützen die Initiativen der Konferenz Europäischer Kirchen (KEK) und von Church and Peace gegen die zunehmende Militarisierung der Europäischen Union, u.a. durch Umwidmung von Geldern der Entwicklungshilfe für militärische Aufgaben.

- Wir bringen das Friedenswort 2018 und unsere Friedensarbeit in das Gespräch mit unseren europäischen Partnerkirchen ein.

- Wir betreiben in besonderer Weise die Kooperation mit der Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF) und Church and Peace.

- Wir unterstützen und beteiligen uns am Pilgerweg der Gerechtigkeit und des Friedens des Ökumenischen Rates der Kirchen (WCC) und der Initiativen für Gerechtigkeit und Frieden der Weltgemeinschaft Reformierter Kirchen (WCRC).

- Wir unterstützen und beteiligen uns am friedlichen Protest von Christinnen und Christen gegen Rüstung und gegen die Stationierung von Atomwaffen in Büchel.

- Wir leisten Arbeit zur Bewusstseinsbildung zu Rüstungskonzernen im Gebiet der Evangelischen Kirche im Rheinland, führen Gespräche und unterstützen Aktionen zu Rüstungskonversion und gegen Rüstungsexporte unter Einbeziehung der Gewerkschaften.

- Wir befragen Einsätze der Bundeswehr auf ihre friedensethische und politische Legitimation.
- Wir richten eine Plattform für einen interreligiösen Dialog zur Arbeit an der Leitfigur des gerechten Friedens ein.
- Wir erarbeiten und feiern regelmäßig Friedensgottesdienste und – andachten, unterstützen die Friedensdekade und fordern zur Beteiligung auf.
- Wir verstärken die Friedensbildung für Gewaltfreiheit und den Einsatz von zivilen Konfliktlösungsstrategien in Schule und Jugendarbeit, z.B. durch Einsatz der Ausstellung „Frieden geht anders-aber wie?“.
- Wir schaffen Möglichkeiten der Begegnungen mit Gruppen unserer europäischen Nachbarn, insbesondere in Belgien und Frankreich, aber auch aus Krisenländern. Wir legen einen Akzent auf Jugendbegegnungen.
- Wir nehmen Gedenktage wahr und pflegen eine kritische Erinnerungskultur.
- Wir schaffen Diskussionsforen zum Diskurs kontroverser friedensethischer Positionen, insbesondere zur Frage der Beteiligung der Bundeswehr an kriegerischen Auseinandersetzungen und deren friedensethischer Legitimation.
- Wir beteiligen uns an Friedensaktionen und -kampagnen, z.B. über Social Media, Unterschriftenlisten und Öffentlichkeitsarbeit, und wir initiieren eigene Aktionen wie z.B. Kunstprojekt „Tatort Frieden“, Schmiedeaktion „Schwerter zu Pflugscharen“, Theater- und Musik-Produktionen.
- Wir gestalten Kraft- und Hoffnungsorte zur Friedensarbeit.